



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

---

*Entwicklungsausschuss*

---

**2013/0086(NLE)**

17.9.2013

# **STELLUNGNAHME**

des Entwicklungsausschusses

für den Ausschuss für internationalen Handel

zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss des  
Protokolls zur Änderung des Übereinkommens über das öffentliche  
Beschaffungswesen  
(07917/2013 – C7-0180/2013 – 2013/0086(NLE))

Verfasser der Stellungnahme: Filip Kaczmarek

PA\_Leg\_Consent

## KURZE BEGRÜNDUNG

Das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA) von 1994 hat eine begrenzte Anzahl von Vertragsparteien, und bei den meisten handelt es sich um entwickelte Volkswirtschaften. Ziel der Revision des GPA ist unter anderem die Ausweitung der derzeitigen Mitgliedschaften. Es enthält daher Anreize für Entwicklungsländer, wie die Möglichkeit, übergangsweise höhere Schwellenwerte festzulegen oder Beschaffungsstellen und Sektoren schrittweise einzubeziehen, um den Übergang zu einer offenen Wirtschaft, die ausländischem Wettbewerb standhalten kann, zu erleichtern.

Indessen ist nicht ganz klar, ob die revidierte Klausel betreffend eine Sonder- und Spezialbehandlung von Entwicklungsländern wirklich eine Verbesserung der derzeit geltenden Bestimmungen darstellt. Der neue Text erlaubt übergangsweise zusätzlichen Schutz für die Märkte von Entwicklungsländern, wobei derzeit auch Ausnahmen verhandelt werden können, die nicht zeitlich begrenzt sind. Andererseits bietet der neue Text Entwicklungsländern keinen wesentlich verbesserten Zugang zu den Märkten anderer Vertragsparteien des GPA.

Trotz der insgesamt positiven Verbesserungen in Bezug auf die Verfahren der Auftragsvergabe und die Transparenz kann indessen nicht erwartet werden, dass diese Länder das Übereinkommen unterzeichnen, ohne dass klar erwiesen ist, dass der Nutzen ihre Kosten überwiegt - wie etwa Verwaltungskosten für den Beitrittsprozess und soziale und wirtschaftliche Kosten infolge des Verlusts von Auftragsmärkten einheimischer Unternehmen - und ohne dass Sicherheitsvorkehrungen getroffen wurden, um die Folgen dieser Verluste zu minimieren.

Die langfristigen Auswirkungen der Liberalisierung nationaler Beschaffungsmärkte und der daraus resultierende verbesserte Marktzugang sind trotz der oben erwähnten Schwächen des revidierten Textes aber durchaus positiv.

\*\*\*\*\*

Der Entwicklungsausschuss ersucht den federführenden Ausschuss für internationalen Handel, dem Parlament die Zustimmung vorzuschlagen.

## ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	17.9.2013
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+ :                17 - :                6 0 :                0
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Thijs Berman, Michael Cashman, Ricardo Cortés Lastra, Corina Crețu, Leonidas Donskis, Mikael Gustafsson, Filip Kaczmarek, Miguel Angel Martínez Martínez, Gay Mitchell, Norbert Neuser, Maurice Ponga, Jean Roatta, Birgit Schnieber-Jastram, Michèle Striffler, Keith Taylor, Patrice Tirolien, Ivo Vajgl
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)</b>	Philippe Boulland, Edvard Kožušník, Isabella Lövin, Judith Sargentini
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)</b>	Emma McClarkin, Elżbieta Katarzyna Łukacijewska